

## Zu diesem Heft

Das Afghanistan-Engagement der Bundeswehr, die Positionierung der Parlamentsfraktionen der SPD und der Grünen, die Bündelung der Entscheidungsfragen durch die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers nach Art. 68 GG und schließlich noch die kurz darauf folgenden Parteitage der Regierungsparteien beherrschten im November 2001 so stark die politische Agenda in der Bundesrepublik, dass diese Vierteljahrs-Zeitschrift mit ihrem schon feststehenden thematischen Konzept in Verlegenheit zu kommen schien. Der rasche Ablauf der Dinge hat dann aber dazu geführt, dass sich im Dezember des Jahres die alten Problemlagen und Entscheidungs-Staus so gleich wieder in den Vordergrund drängten.

Zu den Dauerthemen gehört die deutsche Gesundheitspolitik mit ihren Problembereichen wie Krankenkassenbeiträge und Ärztehonore, Krankheits- und Arzneimittelkosten, Gefahr der „Zwei-Klassen-Medizin“. „Das System ist reif für eine Notoperation“ und niemand wagt die notwendigen Einschnitte in die Gemengelage zwischen einer existentiellen Bedarfslage und dem Kampf der Interessen. Der „Brennpunkt“ der Journalistin *Eva Haacke* in diesem Heft zeichnet kompetent und dennoch in der gebotenen Essayform nach, was da so vor sich geht. Wir werden dieses Thema noch vertiefen. Die Materie wird bis zur Bundestagswahl nicht mehr von der innenpolitischen Agenda in Deutschland verschwinden.

Die Sozial- und Gesellschaftspolitik wird in diesem Heft ebenfalls angesprochen durch die umfassende, empirisch fundierte „Analyse“ zum „Wohnen in Deutschland“ von Wilhelm Hinrichs und den stärker theoretischen Fachaufsatz über die Frage, wie heute „Ungleichheit“ verstanden und definiert werden sollte, von *Heinz-Herbert Noll*. Hier trägt die moderne Soziologie ihre Forschungsergebnisse und Forschungsparadigmen zu einem höchst relevanten politischen Themenkreis in einer Weise vor, die der fachlichen Verantwortung in jedem Punkt verpflichtet bleibt und dennoch die Erkenntnisse über unsere Gesellschaft in verständlicher Weise aufbereitet und darlegt.

Der Aufsatz von Roger Häußling über „Selbstständigkeit“ als neue Leitfigur von Berufstätigkeit belegt empirisch die wachsende Bedeutung der Selbstständigkeit, analysiert die „Kultur der Selbstständigkeit“ in Deutschland und reflektiert in abgewogener Weise, welche Bedeutung die innovationsbezogene Autonomie und Initiative in Gestalt Selbstständiger für die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in Deutschland hat und haben könnte.

Die Entwicklung der Europäischen Union bleibt im Blickfeld. Der fachwissenschaftliche Beitrag von *Ingo Juchler* analysiert selbstbewußt kritisch die demokratische Legitimität der Europäischen Union und zielt damit in den Kern der gegenwärtig laufenden und durch den Dezember-Gipfel wieder hervorgehobenen ungelösten Fragen. Er bewertet überaus optimistisch eine auf Bürgerpartizipation beruhende Verbesserung demokratischer Legitimität.

Dieser Beitrag fordert zur Auseinandersetzung heraus.

Die Diskussion über ein NPD-Verbot wird mit neuen Materialien und einer unterrichtlichen Bearbeitung weitergeführt. Das Bundesverfassungsgericht hat den Verbotsantrag der

Bundesregierung angenommen. Heiner Adamski skizziert in der Sparte „Rechtsprechung“ die Argumentationslinien der Bundesregierung und kommentiert das bevorstehende Verfahren, das nun voraussichtlich im Frühjahr 2002 mit der Anhörung der Parteien eröffnet wird. Zu diesem NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht stellt *Peter Anders* für die unterrichtliche Praxis modellhaft ein „Simulationsspiel“ vor. Die Schüler oder Schülergruppen erhalten neben der abstrakten Problembesprechung einen konkreten Zugang zur Wirklichkeit, indem sie aus unterschiedlichen Positionen heraus Probleme, Details und Sichtweisen zum NPD-Verbot und zum Verfahrensablauf kennenlernen und selbst entwickeln.

Im September 2001 fanden zuerst in Hamburg und dann in Berlin Wahlen statt. Als Stadtstaaten haben beide im Bundesrat die geringsten Stimmenanteile. Aber ihre Bedeutung geht weit darüber hinaus. In den „Aktuellen Informationen“ stellt *Kai Arzheimer* die Ergebnisse vor und analysiert vor allem die signifikanten Merkmale dieser Wahlen: den großen Erfolg der völlig neuen Partei „Rechtsstaatliche Offensive“ des Richters Schill in Hamburg und seine bundesweiten Wirkungen sowie die für Berlin so wichtige Frage, ob nicht der Sieger der Wahl, die SPD, mit der PDS als der großen Partei Ostberlins eine Koalition bilden müsste.

Berichtet wird unter den „Aktuellen Information“ auch über die Streichung des sogenannten „Religionsprivilegs“ im deutschen Vereinsgesetz als eine Reaktion des deutschen Gesetzgebers auf die terroristischen Anschläge in den USA. Privilegiert waren bislang Religionsgemeinschaften und Vereinigungen, die eine Weltanschauung gemeinschaftlich pflegten, dadurch, dass sie so wie die Parteien nicht wie normale Vereine verboten werden konnten. *Heiner Adamski* erläutert die rechtlichen Grundlagen und die historischen und verfassungsrechtlichen Zusammenhänge.

Vorauszusehen war, dass die Frage eines Zuwanderungsgesetzes den Parteienstreit bis zur Bundestagswahl bestimmen würde. Daher wurde für die Sparte „Kontrovers dokumentiert“ dieses Thema ausgewählt, hier bearbeitet von *Petra Bendel*. Sehr genau und detailreich werden Ausgangspunkte, Inhalte und Kritikpunkte zu den Plänen des Bundesinnenministers vorgestellt. Die dazu vorgetragenen Argumente und Positionen sind die des Herbstes 2001. Neue werden bis zuletzt hinzukommen. An der Brisanz des Themas wird sich bis zur Bundestagswahl nichts ändern.

Dieses Heft 4/2001 enthält schließlich den angekündigten zweiten Einführungsaufsatz zum Thema „New Economy“. Begonnen hatten wir in Heft 3/2001 mit dem Aufsatz von *Rahild Neuburger* über „New Economy+Old Economy=One Economy“. Der zweite Beitrag hierzu von *Hans-Hermann Hartwich* hat vor allem die Funktion, darauf hinzuweisen, dass die Dimensionen des Gemeinwohls und der staatlichen Verantwortung keineswegs aus dem Blick geraten, wenn hier und in den nächsten zwei Jahren die Elemente, Funktionsweisen und Spielregeln der New Economy in acht Bausteinen dargestellt werden. Dieses Unternehmen ist der Beitrag dieser Zeitschrift zu der sich offensichtlich verschärfenden Diskussion über ein eigenes Fach „Wirtschaftslehre“ an den Schulen. Es soll die Unterrichtenden der Fächer schulischer politischer Bildung darin unterstützen, ihren schon praktizierten Unterricht mit wirtschaftskundlichen Themenstellungen zu ergänzen und zu vertiefen.

Wir nutzen diese Gelegenheit, um einen Gruß an einen der Begründer der schulischen politischen Bildung in der Bundesrepublik, an Professor Dr. *Walter Gagel*, zu richten, der am 17. Dezember 75 Jahre alt wurde. Wie stark er der Aufgabe nach wie vor verbunden ist, zeigte erst kürzlich sein Fachaufsatz im Heft 3 dieser Zeitschrift über „Wissenschaftspropädeutik und reflexive Wertebildung“. Herausgeber und Verleger wünschen in herzlicher Verbundenheit weiterhin Gesundheit, Tat- und Schaffenskraft.

*Die Herausgeber*